

Priddat, Birger P.

**Article — Digitized Version**

Douglass C. North und Robert W. Fogel: Anmerkungen zu den Nobelpreisträgern 1993

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Priddat, Birger P. (1993) : Douglass C. North und Robert W. Fogel: Anmerkungen zu den Nobelpreisträgern 1993, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 11, pp. 603-608

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137066>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Birger P. Priddat

# Douglass C. North und Robert W. Fogel

## Anmerkungen zu den Nobelpreisträgern 1993

*Mit Douglass C. North und Robert W. Fogel hat das Nobelpreiskomitee in diesem Jahr zwei Wirtschaftshistoriker geehrt. Die Doppelvergabe beruht auf dem Umstand, daß man unterschiedlichen Richtungen der neueren Wirtschaftsgeschichte Rechnung tragen wollte. Professor Birger P. Priddat stellt das Werk der beiden Nobelpreisträger vor und unterwirft es einer kritischen Bewertung.*

Fogel gehört – seit den 60er Jahren – zu den amerikanischen Vorreitern einer ökonomischen Konzeption der Wirtschaftsgeschichte, einer Abteilung der New Economic History, die es sich vorgenommen hat, die „amerikanische Wirtschaftsgeschichte auf einer gefestigten quantitativen Basis zu rekonstruieren“<sup>1</sup>. Mit diesen Methoden wird nicht nur versucht, der Wirtschaftsgeschichte eine gesichertere empirische Basis zu verschaffen („testability“), sondern auch eine „Wiedervereinigung von ökonomischer Theorie und Wirtschaftsgeschichte“<sup>2</sup> zu betreiben, indem man auf die theoretischen und statistischen Modelle der Ökonomie zurückgreift. Fogel begreift die neue Wirtschaftsgeschichte als eine „logische Konsequenz des Wunsches, die Beiträge der verschiedenen Änderungen in den ökonomischen Institutionen, im Faktorangebot und in der Technik zur Rate und zur Richtung des wirtschaftlichen Wachstums zu quantifizieren“<sup>3</sup>.

Damit wird die Wirtschaftsgeschichte ein Element der ökonomischen Theorie, insbesondere der Wachstumstheorie. Zwei Voraussetzungen sind nötig für derlei Art von Wirtschaftsgeschichte: hinreichende statistische Reihen (bzw. bei deren Fehlen Methoden zu finden, die ökonomische Phänomene messen können, die nicht direkt meßbar sind<sup>4</sup>) und die Spezifikation der relevanten Variablen<sup>5</sup>.

Neben einflußreichen methodischen Aufsätzen wurde Fogel bekannt mit Arbeiten über den Einfluß des amerikanischen Eisenbahnwesens auf das Wachstum der US-Wirtschaft im 19. Jahrhundert<sup>6</sup> und vor allem zur Klärung der Frage der Effizienz der südstaatlichen, mit Sklaven betriebenen Landwirtschaft<sup>7</sup>. Gegen die traditionellen Einschätzungen, daß die Sklavenwirtschaft weniger effi-

zient war als die freie Landwirtschaft (der Nordstaaten), wurde der ökonomische Apparat in exemplarischer Weise zum Nachweis differenzierter gegenteiliger Behauptungen benutzt, vornehmlich durch eine Verbesserung des Kapitalmodells und neuer Datenbasen.

Während in den frühen Schriften die enge Bindung an das neoklassische Theoriemodell der Ökonomie vorherrschte, war Fogel seit den 70er Jahren bemüht, die institutionellen Determinanten der Interaktion wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren zu erforschen<sup>8</sup>; ein Forschungsprogramm der ökonomischen Wirtschaftsgeschichte, das er auf die Geschichte der Unternehmungen und des Rechtes ebenso ausgedehnt wissen will wie auf die Erforschung der Institutionen der Erziehung und Ausbildung und der Sklaverei. Für das letzte Thema hat er beispielhaft auf seinem Gebiet gearbeitet.

<sup>1</sup> R. W. Fogel, St. L. Engerman (Hrsg.): *The Reinterpretation of American Economic History*, N.Y., Evanston, San Francisco, London 1971, S. XVI.

<sup>2</sup> R. W. Fogel: *The reunification of economic theory with economic history*, in: *American Economic Review*, Vol. LV, 1965.

<sup>3</sup> R. W. Fogel: *The reunification ...*, a.a.O., S. 96.

<sup>4</sup> R. W. Fogel: *The new Economic History: Its Findings and Methods*, in: R. W. Fogel, St. L. Engerman (Hrsg.): *The Reinterpretation of American Economic History*, a.a.O., S. 1ff.; A. Fishlow, R. W. Fogel: *Quantitative Economic History: An Interim Evaluation. Past Trends and Present Tendencies* (der 2. Abschnitt „Present Tendencies“ ist von R. W. Fogel geschrieben), in: *The Journal of Economic History*, Vol. XXXI, 1971, S. 15 ff.

<sup>5</sup> R. W. Fogel: *The Specification Problem in Economic History*, in: *The Journal of Economic History*, Vol. XXVII, 1967, S. 283 ff.

<sup>6</sup> R. W. Fogel: *Railroads and American Economic Growth: Essays in Economic History*, Boston 1964; R. W. Fogel, St. L. Engerman: *A Model for the Explanation of Industrial Expansion during the Nineteenth Century: With an Application to the American Iron Industry*, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 77, 1969, S. 306 ff.

<sup>7</sup> R. W. Fogel, St. L. Engerman: *The Economics of Slavery*, in: R. W. Fogel, St. L. Engerman (Hrsg.): *The Reinterpretation of American Economic History*, a.a.O., S. 311 ff.; R. W. Fogel, St. L. Engerman: *Explaining the Relative Efficiency of Slave Agriculture in the Antebellum South*, in: *American Economic Review*, Vol. 70, 1980, S. 672 ff.; R. W. Fogel: *Without Consent or Contract: the Rise and Fall of American Slavery*, N.Y. 1989.

<sup>8</sup> A. Fishlow, R. W. Fogel: *Quantitative ...*, a.a.O., S. 39.

---

*Prof. Dr. Birger P. Priddat, 43, ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaft und Philosophie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Witten/Herdecke.*

Fogels Bemühungen gehen dahin, die „Konstruktion der Wirtschaftsgeschichte auf der Basis wissenschaftlicher Methoden“ zu betreiben<sup>9</sup>. Seine Bemühungen haben für die Wirtschaftsgeschichte reiche Früchte getragen, was nicht zuletzt der Nobelpreis beweist. Doch sei nicht verschwiegen, daß es Ökonomen gibt, die dieser Richtung äußerst skeptisch gegenüberstehen; so z.B. R. Solow, ebenfalls ein Nobelpreisträger, der 1985 in einer Abhandlung zum Verhältnis von ökonomischer Theorie und Wirtschaftsgeschichte die ökonometrische Richtung der Wirtschaftsgeschichte mit der Bemerkung abtat, daß er das Zeug nicht mehr lesen mag: „Apart from anything else, it is no fun reading the stuff anymore. ... we are at that point where economics has nothing to learn from economic history but the bad habits it has taught to economic history“<sup>10</sup>. Honi soit qui mal y pense.

### Eine andere Wirtschaftsgeschichte

D.C. North betreibt eine andere Art von Wirtschaftsgeschichte, die inzwischen zu einer eigenständigen Theorie des institutionellen Wandels ausgebaut worden ist. Norths Forschungen – die in den 50er Jahren mit Standort- und versicherungsgeschichtlichen Untersuchungen begannen („location theory“) und in den 60er Jahren z.B. um Untersuchungen zur Produktivitätsänderung bei der Ozeanschiffahrt<sup>11</sup> erweitert wurden – entwickelten sich sehr bald bereits zu einer allgemeinen Theorie des institutionellen Wandels, die die Wirtschaftsgeschichte nurmehr noch illustrativ verwendete<sup>12</sup>. Fogel kritisierte North (und Lance) 1971 folgerichtig aus seiner Perspektive: Es bleibe unklar, inwieweit die Kriterien für ihre Vorhersagen operabel gemacht werden können<sup>13</sup>.

So sehr Fogels Kritik aus den Prämissen seiner Konzeption verständlich ist, so wenig vertraut ist sie mit den

theoretischen Intentionen Norths, die sich methodisch mit der neoklassischen Ökonomie<sup>14</sup> auseinandersetzen: „Die neoklassische Theorie kann erklären, wie sich die Menschen verhalten, die in ihrem persönlichen Eigeninteresse handeln; sie kann erklären, warum Leute sich nicht die Mühe machen, ihr Wahlrecht auszuüben; sie kann erklären, warum im Sinne eines Schwarzfahrerhaltens Leute sich nicht an Gruppenaktionen beteiligen, wenn die Vorteile, die dem einzelnen daraus erwachsen, ganz unerheblich sind. Sie kann jedoch nicht die Kehrseite dieser Erscheinungen glaubhaft erklären, nämlich jenes Verhalten, dessen Triebkraft nicht das berechnete Eigeninteresse ist. Wie erklären wir altruistisches Verhalten (z.B. die anonyme unbezahlte Blutspende), die Bereitwilligkeit von Menschen, ohne ersichtlichen möglichen Gewinn ungeheure Opfer auf sich zu nehmen ...?“<sup>15</sup>

North betreibt natürlich weiterhin wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen, doch auf der Grundlage einer ökonomischen Theorie der Geschichte, die in seinem Verständnis nur als eine Theorie des beobachtbaren institutionellen Wandels konzipiert werden könne.

„Institutionen geben den äußeren Rahmen ab, in dem Menschen tätig werden und aufeinander einwirken. Sie legen die Beziehungen einerseits der Zusammenarbeit, andererseits des Wettbewerbs fest, die eine Gesellschaft und insbesondere eine Wirtschaftsordnung ausmachen“<sup>16</sup>. North hält der ökonomischen Standardtheorie vor, daß sie den Blick auf die Institutionen verloren habe: „Wenn Ökonomen von ihrer Disziplin als einer Theorie der Wahlhandlungen sprechen und davon, daß die Wahlhandlungen durch Wahlmöglichkeiten und durch Präferenzen bestimmt werden, dann haben sie einfach unerwähnt gelassen, daß eben der institutionelle Rahmen die Wahlmöglichkeiten des einzelnen beschränkt“<sup>17</sup>.

Diese Einsicht hat fundamentale Konsequenzen. Je nach dem, wie die institutionellen Restriktionen ausgestaltet sind, beeinflussen sie den Pfad wirtschaftlicher Entwicklung; präziser gesagt: Es hängt von der Form der institutionellen Arrangements ab, ob in den einzelnen Gesellschaften geschichtlich überhaupt eine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann. Da historisch ineffiziente Institutionen (und ökonomische Nichtentwicklungen) vorherrschen, bedarf es einer Erklärung, was effiziente Institutionen sind und unter welchen Bedingungen sie überhaupt entstehen. Hier befinden wir uns im Gravitationszentrum der Northschen Theorie: Warum gibt es geschichtlich so häufig Wachstumsversagen? Diese Frage ist weniger eine Frage an die Geschichte als an die ökonomische (neoklassische) Theorie, nach deren Annahmen es einen Selektionsdruck durch die effizienteren Wirtschaftsformen geben müßte<sup>18</sup>.

<sup>9</sup> R. W. Fogel: *The New Economic ...*, a.a.O., S. 10.

<sup>10</sup> R. Solow: *Economic History and Economics*, in: *American Economic Review*, Vol. 75, No. 2, 1985, S. 330 und 331.

<sup>11</sup> D. C. North: *Sources of Productivity Change in Ocean Shipping*, in: *Journal of Political Economy* 1968.

<sup>12</sup> Vgl. den Titel von D. Lance, D. C. North: *Institutional Change and American Economic Growth: A First Step Towards a Theory of Institutional Change*, in: *The Journal of Economic History*, Vol. 30, 1970, S. 131 ff.

<sup>13</sup> A. Fishlow, R. W. Fogel: *Quantitative ...*, a.a.O., S. 40: „Moreover, their model is never actually tested; they only cite a number of cases which appear to conform roughly to their generalizations.“

<sup>14</sup> Und damit auch mit Fogel; vgl. die indirekte Kritik D. C. Norths: *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen 1992 (zuerst Cambridge 1990: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*), S. 3.

<sup>15</sup> D. C. North: *Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen 1988 (zuerst N.Y. 1981: *Structure and Change in Economic History*), S. 11.

<sup>16</sup> D. C. North: *Theorie ...*, a.a.O., S. 207.

<sup>17</sup> Ebenda

Historisch sind „Institutionen (...) ein System von Regeln, Zustimmungsverfahren und moralischen bzw. ethischen Verhaltensnormen mit dem Zweck, das Verhalten von einzelnen im Interesse der Maximierung des Vermögens bzw. des Nutzens von Prinzipalen zu beschränken“<sup>19</sup>. Institutionelle Arrangements, die die Maximierung des Nutzens der Herrscher (principals) fördern, behindern die des Wachstums der Wirtschaft bzw. lassen es erst gar nicht entstehen. Da es die wirtschaftsgeschichtliche Forschung vornehmlich mit ineffizienten Wirtschaftsordnungen zu tun hat, ist es verständlich, daß North eine Methode suchen mußte, die eine ökonomische Erklärung von anhaltender Ineffizienz bietet. Eine solche Erklärung ist aus der Standardökonomie, wie North die Neoklassik nennt, nicht zu gewinnen. Sie bedarf einer zusätzlichen Erklärung des institutionellen Wandels (und seiner geschichtlichen Gabelungen).

Zwischen (a) dem System der Grundregeln, die es den Herrschern ermöglichten, ihr eigenes Einkommen zu maximieren (bzw. die Monopolrenten der Klassen, die für den Herrscher agierten), und (b) einem effizienten System von Eigentumsrechten, das die Transaktionskosten senkt und Wirtschaftswachstum fördert, besteht geschichtlich eine Spannung, die erklärt, daß es vielen Gesellschaften nicht gelang, sich ein anhaltendes Wirtschaftswachstum zu sichern<sup>20</sup>. „Die Ineffizienzen hielten sich, weil Herrscher nicht mächtige Untertanen dadurch vergrämen wollten, daß sie effiziente Regeln einführten, die deren Interessen entgegengesetzt waren, oder weil die Kosten der Überwachung, Bemessung und Erhebung von Steuern leicht eine Situation herbeiführen konnten, in der weniger effiziente Eigentumsrechte größere Steuereinnahmen erbrachten als effiziente Eigentumsrechte.“<sup>21</sup>

Institutionen sind, North zufolge, die von den Menschen selbst errichteten Begrenzungen, die ihre politischen, ökonomischen und sozialen Interaktionen strukturieren. Sie beruhen zweifach auf informellen Begrenzungen (Sanktionen, Tabus, Gebräuchen und Sitten, Traditionen und Verhaltensregeln („Geisteshaltungen und Wertevorstellungen“<sup>22</sup>)) und auf formellen Regeln (Verfassungen, Gesetzen, Eigentumsrechten). Im Laufe der

menschlichen Geschichte wurden Institutionen von den Menschen dazu gebraucht, Ordnungen herzustellen und Unsicherheiten in Tauschbeziehungen zu reduzieren. In Verbindung mit den Standardrestriktionen der Ökonomie definieren die Institutionen die Menge der Entscheidungsmöglichkeiten und determinieren damit über die Transaktions- und Produktionskosten die Profitabilität und Möglichkeit, sich wirtschaftlich betätigen zu können<sup>23</sup>.

Eine ökonomische Theorie, die nicht in der Lage ist, die Existenz von Institutionen hinreichend zu erklären, kann nicht beanspruchen, lautet Norths Schlußfolgerung, die Ökonomie erklären zu können, sondern nur einige – wenn auch hochbedeutsame – Spezialfälle. Deshalb reiche es auch nicht aus, einfach nur die Formen des Austausches – d.h. den Markt und seine Dynamik – innerhalb der gesellschaftlichen Spielregeln zu analysieren, sondern die Art und Weise der Änderung der Regeln, nach denen sich die Allokation und Verteilung richtet, ist selbst erklärungsbedürftig<sup>24</sup>. Da die Änderung der Regeln institutioneller Arrangements sich in der Geschichte vollzieht, ist die Northsche Theorie des institutionellen Wandels – ihrem Anspruch nach – zugleich eine ökonomische Theorie der Geschichte.

### Theorie des institutionellen Wandels

Konkreter gesprochen: Die Ökonomie, die geschichtliche Wandlungen beschreiben will, bedarf einer Theorie der institutionellen Restriktionen. Dabei wird davon ausgegangen, daß Institutionen generell Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten darstellen, daß es aber Unterscheidungen in effiziente und ineffiziente Institutionen gibt. Die effizienten Institutionen zeichnen sich durch effiziente Eigentumsrechtsverteilungen und Transaktionskostensenkungen aus.

In diesem Sinne erweiterte North in seinen frühen Arbeiten zunächst nur die üblichen ökonomischen Erklärungsansätze auf die Institutionenbildung. Institutionelle Wandlungen haben ihre Ursachen in Profitmaximierungsbestrebungen<sup>25</sup>. Die Möglichkeit, Profite durch institutionelle Innovationen zu erlangen, wird durch exogene Änderungen der Nachfrage, durch Änderungen der Organisationskosten der Innovation oder durch Änderungen der politischen Durchsetzungskraft einzelner Gruppen bewirkt. Im Grunde werden hier Institutionen als Determinante von Wirtschaftsleistungen und die relativen Preise als Ursache institutionellen Wandels angenommen. Die sozialen Gruppen, die institutionelle Änderungen bewirken, erlangen ihre Profite, indem sie Vorteile der „economies of scale“, der Internalisierung von Externalitäten, der Risikominimierung, der Ausgleiche von Marktversagen oder der Einkommensumverteilung nutzen. Die

<sup>18</sup> Vgl. D. C. North: Institutionen ..., a.a.O., S. 7.

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> D. C. North: Theorie ..., a.a.O., S. 25.

<sup>21</sup> D. C. North: Institutionen ..., a.a.O., S. 62.

<sup>22</sup> D. C. North: Theorie ..., a.a.O., S. 162.

<sup>23</sup> D. C. North: Institutions, in: The Journal of Economic Perspectives, Vol. 5, Nr. 1, 1991, S. 97.

<sup>24</sup> D. C. North: Theorie ..., a.a.O., S. 240.

<sup>25</sup> D. Lance, D. C. North: Institutional Change ..., a.a.O.; D. C. North, R. Thomas: The Rise of the Western World: A New Economic History, Cambridge 1971.

Gelegenheit, einen Profit aus den Änderungen bestimmter Institutionen zu ziehen, ist Anreiz genug, diese Änderungen tatsächlich durchzuführen.

Später erweiterte North seine Theorie des institutionellen Wandels mit Hilfe der Principal-agent-Theorie und der Transaktionskostentheorie. North wendete sich von seiner früheren Effizienzerklärung der Institutionen ab. Indem die Herrscher (principals) für die Maximierung ihrer Einkommen die Beschaffungshilfe bestimmter, von ihnen privilegierter Gruppen oder Klassen benötigen, an die sie Teile ihrer Macht delegieren, müssen sie diesen Gruppen (agents) eine gewisse Ausführungsautonomie zugestehen, weil sonst die Kontrollkosten zu groß werden für die durch sie zu erlangenden Einkommensvorteile. Diese relative Autonomie bringt die „agents“ in Druckpositionen und Verhandlungsvorteile gegenüber dem Herrscher oder Prinzipal, die sie für institutionelle (Eigentumsverteilungs-) Reformen nutzen können.

In einer höchst aufschlußreichen Studie zur englischen „Glorious Revolution“ z.B. zeigen North und Weingast, wie die Stärkung der property rights des Parlaments (in Form von Rechten an der Steuergesetzgebung) durch die Zahlung und Bewilligung von Krediten zur Kriegsfinanzierung an die herrschenden Prinzipale (Könige) erlangt wurde<sup>26</sup>. Die Institution des Parlaments wird aufgewertet und mit einer Kompetenz ausgestattet, die den Beginn der Verwandlung der englischen Monarchie in eine konstitutionelle Monarchie einleitet. Neben den Adligen erlangen die Bürger die Budgetkontrolle, was ihnen eine institutionelle Sicherheit vor königlicher Steuerwillkür gewährt. Da sie sich selbst keine Steuern bewilligen würden, die ihren Erwerbsinteressen zuwiderlaufen, sinken die Transaktionskosten des Gesellschaftsvertrages. Die neue Steuerordnung erlaubt ihnen sicherere Ertragsersparungen, d.h. „glaubhafte Zusicherungen“ (credible commitments), aufgrund derer erst effizientere Vereinbarungen getroffen werden können. Die bemerkenswerteste unmittelbare Auswirkung war eine rasche Entwicklung des Kapitalmarktes.

#### Effizienz der Wirtschaftsrechnungen

Es zeigt sich, daß die gewöhnliche ökonomische Annahme, eine Wirtschaftsordnung sei stets „effizient“, unhaltbar ist, da die logische Disposition der Ordnung noch nichts über die effektive Durchsetzung aussagt. Sind die Durchsetzungs- oder Transaktionskosten einer im Prinzip als effizient angesehenen Ordnung zu hoch, wird sie nicht installiert. Dies ist einer der wesentlichen – von North an vielen einzelnen wirtschaftshistorischen Darstellungen in seinen Büchern aufgezeigten – Gründe für die historische Existenz ineffizienter Ordnungen und Institutionen. „Effiziente“ Ordnungen würden sich durch

Transaktionskosten von null ausweisen; eine historisch (und empirisch) unsinnige Bedingung. Folglich ist es notwendig, Wachstumsgesellschaften durch eine politische und Eigentumsordnung zu identifizieren, deren Transaktionskosten so sinken, daß neue Unternehmer neue Handlungsmöglichkeiten nutzen können. Die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklungen ist eine Geschichte der Transaktionskostensenkungen durch institutionellen Wandel.

Wirtschaftsordnungen, die wir als „effizient“ bezeichnen, beruhen geschichtlich oft auf einer Externalisierung der Transaktionskosten: „Angesichts sowohl der Interessen der Herrscher im Staat als auch der ... positiven Transaktionskosten wirtschaftlicher Ordnung erstaunt es nicht, daß eine Wirtschaftsordnung, die Wirtschaftswachstum bewirkt, dieses sehr wohl dadurch tun kann, daß sie die Nutzen internalisiert und Kosten externalisiert und somit die private Ertragsrate ‚produktiver‘ Wirtschaftstätigkeit auf Kosten anderer Gruppen der Gesellschaft erhöht.“<sup>27</sup>

Dieser Hinweis ist insofern von Bedeutung, als auch die – im Northschen Sinne – effizienten Institutionen auf Transformationskostenverteilungen beruhen können, die zwar legalen (formellen) Regeln entsprechen, dennoch aber gleichzeitig geltenden informellen Regeln (meist konventioneller oder moralischer Provenienz) widersprechen. Somit gibt es nicht nur eine „Spannung zwischen einer (historisch; B.P.) gegebenen Konstellation von Eigentumsrechten und dem Produktionspotential einer Wirtschaft“<sup>28</sup>, sondern zudem auch noch eine Spannung zwischen der Geltung formeller und informeller Regeln bzw. Institutionen, wie North es in seinem neuesten Buch erörtert. Nur die ersteren sind politisch zu ändern, die letzteren, die informellen Restriktionen, „wie sie in Sitten und Gebräuchen, Überlieferungen und Gepflogenheiten verkörpert sind, (sind) durch eine vorsätzliche Politik viel weniger leicht zu beeinflussen“<sup>29</sup>. Es sind „in einer Kultur gewachsene Beschränkungen“<sup>30</sup>. Mit der Analyse des Einflusses der „informellen Restriktionen“ und der „Ideologien“ versucht North die kulturellen Komponenten im geschichtlichen Wandel der Institutionen zu erfassen.

Norths Konzeption gründet auf folgenden Voraussetzungen<sup>31</sup>: „Institutionen sind die Spielregeln einer Gesell-

<sup>26</sup> D. C. North, B. W. Weingast: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in the 17th Century England, in: The Journal of Economic History, Vol. 49, 1981, S. 803 ff.

<sup>27</sup> D. C. North: Theorie ..., a.a.O., S. 64.

<sup>28</sup> Ebenda

<sup>29</sup> D. C. North: Institutionen ..., a.a.O., S. 7.

<sup>30</sup> Ebenda

<sup>31</sup> Die folgenden Zitate aus D. C. North: Institutionen ..., a.a.O., S. 2 ff.

schaft.“ Dabei sind die Institutionen als Bindungen (Regeln) zu verstehen, denen die Menschen sich selbst (freiwillig) unterwerfen. Der Grund für den Verpflichtungscharakter lautet: „Institutionen reduzieren Unsicherheit, indem sie eine stabile Struktur für die menschlichen Interaktionen einrichten.“ Die „stabile Struktur“ beruht auf der restriktiven Funktion: „Institutionen definieren und begrenzen die Menge der Wahlmöglichkeiten der Individuen“ – und zwar: formal durch rechtliche oder politische Normen bzw. Vorgaben und informal durch Konventionen oder Verhaltensstandards<sup>32</sup>.

Obwohl Institutionen durch ihre relativ stabile Struktur definiert sind, ändern auch sie sich im Laufe der Zeit, d.h. genauer: Sie ändern die Wahlmöglichkeiten der Individuen, und zwar durch zwei Umstände:

- erstens durch ihre Fähigkeit, den Bereich der Wahlmöglichkeiten auszuweiten, und
- zweitens durch ihr Vermögen, neue Anreizmechanismen zu etablieren.

Formale Regeln – als Ergebnisse politischer und juristischer Entscheidungen – können somit zwar unmittelbare Änderungen herbeiführen, d.h. neue Institutionen errichten, „informale Regeln bzw. Verhaltensbegrenzungen (informal constraints) dagegen – in Sitten, Traditionen und Benehmen inkorporiert – sind sehr viel weniger zugänglich für bedachte politische Erwägungen. Diese kulturellen Notwendigkeiten stellen nicht nur die Kontinuität her, die die Vergangenheit mit der Gegenwart und der Zukunft konnotiert, sondern beschaffen uns den Schlüssel zur Erklärung des Pfades der geschichtlichen Änderung“.

#### Pfade des geschichtlichen Wandels

Damit ist Norths Hauptthema benannt: die Untersuchung der divergenten „Pfade des geschichtlichen Wandels“. Warum, so lautet seine forschungsleitende Frage, haben die Gesellschaften, obwohl sie doch aus ähnlichen Ursprüngen entstanden sind, so sehr verschiedene Entwicklungslinien eingeschlagen? Warum divergieren die Entwicklungen der verschiedenen Gesellschaften und konvergieren nicht, wie es eine ökonomische Betrachtungsweise nahelegen würde, nach dem die ineffizienteren Institutionen ausselektiert würden?

Norths fundamentale Antwort lautet schlicht: „Institutionen ... determinieren die Möglichkeiten (opportunities) in einer Gesellschaft.“ Indem Institutionen die Handlungsmöglichkeiten einer Gesellschaft determinieren, determinieren sie nicht nur die durch die Institutionen ermöglichten Handlungsspielräume, den „Pfad des ökonomischen Wandels“ („path of economic change“), sondern zugleich auch die institutioneilen Änderungsmöglichkeiten, den „Pfad des institutionellen Wandels“ („path of

institutional change“). Nur in „revolutionären“ Ereignissen der Geschichte können die Pfade abgebrochen bzw. geändert werden; im Normalfall der Geschichte bleiben die Handlungsmöglichkeiten beider Arten und ihre Änderungen durch ihren Anfang geprägt: „Der resultierende Pfad des institutionellen Wandels bildet sich (1) aus dem Rückkopplungsprozeß, durch den die Menschen die Änderungen im Möglichkeitsraum (opportunity set) wahrnehmen und auf sie reagieren, und (2) aus dem pfadabhängigen Charakter dieses Anpassungsprozesses.“

North geht dabei davon aus, daß die Institutionen zum einen überhaupt und erstmalig (Handlungs-)Möglichkeiten offerieren, die vorher nicht bestanden haben, daß aber zum anderen die im eingeschlagenen geschichtlichen Pfad präsenten „historisch abgeleiteten Notwendigkeiten den Grad der möglichen Reaktionen auf wahrgenommene neue Möglichkeiten bzw. Gelegenheiten begrenzen“.

Dieser Auffassung nach definieren die Institutionen einen historischen Möglichkeitsraum ökonomischen Handelns, dessen Grenzen wegen der hohen Transaktionskosten des Wechsels einmal etablierter institutioneller Arrangements über längere Zeiträume nicht überschritten werden. Wenn die Funktion der Institutionen aber darin besteht, einen historischen Pfad von Handlungsmöglichkeiten anzulegen, setzt dies voraus, daß die Institutionen über die Zeit stabil sind.

Stabilität jedoch gewährleistet keine Effizienz, wie North resümiert: „Stabilität ist eine notwendige Bedingung für komplexe menschliche Interaktion, aber keine hinreichende Bedingung für Effizienz. Effizienz würde beides umfassen: Stabilitätsbedingungen und Institutionen, die für Organisationen Anreize bieten, produktiver zu werden.“<sup>33</sup>

North unterscheidet neuerdings<sup>34</sup> zwischen Institutionen und Organisationen. „Im Verein mit den Standardbeschreibungen der Wirtschaftstheorie bestimmen die Institutionen die Chancen, die eine Gesellschaft bietet. Organisationen werden geschaffen, um solche Chancen nutzen zu können, und im Zuge ihrer Entwicklung verändern die Organisationen die Institutionen. Der daraus resultierende Verlauf institutionellen Wandels wird bestimmt (1) durch die Restriktionen, die sich aus der symbiotischen Beziehung zwischen Institutionen und den Organisationen ergeben, welche sich als Folge der von jenen Institutionen geschaffenen Anreizstruktur herausgebildet haben (Lock-in), und (2) von dem Rückkopplungs-

<sup>32</sup> D. C. North: Institutionen ..., a.a.O., Kap. 5 und 6.

<sup>33</sup> D. C. North: A Transaction Cost Approach to the Historical development of Politics and Economies, in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, Bd. 145, Nr. 4, 1989, S. 666.

<sup>34</sup> In D. C. North: Institutionen ..., a.a.O.

prozeß, durch den die Menschen Veränderungen ihrer Opportunitätsmenge (genauer: Menge an Handlungsmöglichkeiten) wahrnehmen und auf solche reagieren.“<sup>35</sup>

Es ist diese „Mischung aus grundsätzlicher Stabilität“ der geschichtlich etablierten institutionellen Arrangements und der „schrittweisen Veränderungen“ durch das Ausnutzen der institutionell gesicherten Handlungsspielräume durch die Organisationen und Unternehmen<sup>36</sup>, die die modernen Wachstumsökonomien kennzeichnet: Indem sich die Organisationen bzw. Unternehmen auf institutionell arrondiertem Terrain bewegen können, können sie auch Handlungschancen ausnutzen, die sie ohne die institutionelle Rückversicherung des Ordnungsrahmens nicht oder nur unter hohem Risiko getätigt hätten. In dem Maße, wie die Unternehmen neue Handlungsmöglichkeiten etablieren, entstehen wiederum Anforderungen zu Änderungen der Institutionen etc. Am Beispiel der Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten zeigt North<sup>37</sup>, wie die anpassungseffizienten Institutionen steigende Skalenerträge der Produktion bewirken.

North weist immer wieder darauf hin, daß seine Konzeption nur die theoretischen Grundlagen schaffen kann, die erst durch eingehende wirtschaftshistorische Forschung ihre volle Bedeutung erlangen. Doch sind es im wesentlichen „zwei Kräfte“, die Veränderungen hervorrufen: die informellen Restriktionen und die Transaktionskosten, die im politischen Prozeß vorgegeben sind<sup>38</sup>. Da dies allgemein geltende Faktoren sind, ist Norths Theorie nicht nur wirtschaftsgeschichtlich relevant, sondern als allgemeine Theorie des institutionellen Wandels verfaßt, die die Standardökonomie erweitert und zum Teil in ihrer Rationalitätskonzeption ändert.

### Eine diffuse Theorie?

Diese Rückwirkungen der wirtschaftsgeschichtlichen Theorie auf die moderne Ökonomik sind der interessantere Teil der Northschen Konzeption. Da North weder ein

„guter“ Neoklassiker ist noch ein eigentlicher Historiker, wie manche Ökonomen (und Historiker) ihn beurteilen, empfinden sie seine Theorie als diffus. Dieser Eindruck entsteht durch die Betonung der historischen Bedingungen der jeweils zu untersuchenden Wirtschaftsabläufe: Die Konstellationen, die zu bestimmten institutionellen Arrangements führen, sind geschichtlich singulär, d.h. weder wiederholbar noch verallgemeinerbar.

Norths Theorien sind ein Plädoyer für eine Hinwendung der Ökonomie zu einer neu und modern verstandenen historischen Methode. Was an ihm diffus erscheint, ist der Widerspruch in seinem Werk, einerseits zunehmend die geschichtliche Bedingtheit und Singularität der jeweiligen Konstellation zu betonen, andererseits dies in der Form einer sich analytisch gebenden Theorie des institutionellen Wandels zu formulieren, die mit Gesetzmäßigkeiten im Bereich der Transaktionskosten operiert. Auch ist ihm vorgeworfen worden, die Geschichte schematisch zu interpretieren. Das sind bedenkenswerte Einwände.

Aber North ist der erste, der die Ökonomie wieder mit Nachdruck und Kompetenz darauf hingewiesen hat, daß sie innerhalb der Geschichte operiert, d.h. innerhalb kultureller, rechtlicher, sozialer und politischer Bedingungsgefüge, die die Ordnungen und Entwicklungen der Wirtschaftsformen in einer Weise prägen, wie die Ökonomie es nicht mehr hatte wahrnehmen können – und zwar nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart und die Zukunft. Von dieser Richtung ökonomischen Denkens – wenn auch nicht unbedingt in der Northschen Schematik – ist für die Zukunft noch einiges zu erwarten.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 164.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 162 ff.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 164.

**HERAUSGEBER:** HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)

**Geschäftsführend:** Dr. Otto G. Mayer

**REDAKTION:**

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Wiebke Bruderhausen, Dipl.-Vw. Susanne Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Dipl.-Vw. Christoph Kreienbaum, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

**Anschrift der Redaktion:** Neuer Jungfernstieg 21, 20347 Hamburg, Tel.: (040) 3562306/307

**Verlag und Anzeigenannahme:**

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3-5, 76530 Baden-Baden, Tel. (07221) 2104-0, Telefax (07221) 210427

**Bezugsbedingungen:** Abonnementpreis jährlich DM 106,- (inkl. MwSt.), Studentenabonnement DM 53,- zuzüglich Porto und Versandkosten (zuzüglich MwSt. 7%); Einzelheft DM 9,-; Abbestellungen vierteljährlich zum Jahresende. Zahlungen jeweils im voraus an: Nomos-Verlagsgesellschaft, Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266

**Anzeigenpreisliste:** Nr. 1 vom 1. 1. 1993

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** AMS Wunsch Offset-Druck GmbH, 92318 Neumarkt/Opt.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischem System. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnenstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.